

traler wie auch lokaler Ebene großer Versäumnisse schuldig gemacht. Das behördliche Fehlverhalten, etwa in der Informationspolitik oder der Prävention von Unfällen durch Schließung von Fabriken und Unternehmen mit erhöhtem Sicherheitsrisiko, hatte maßgeblichen Einfluss auf die Anwohner bezüglich der gesundheitsschädigenden Auswirkungen gehabt (vgl. C.a., 1/2006, S. 57-65).

Die neuen Bestimmungen setzen sich aus 16 Artikeln zusammen, in denen verschiedene Sanktionsarten, von Disziplinarverwarnungen bis hin zum Ausschluss von öffentlichen Ämtern, aufgeführt werden. Zu den aufgelisteten Delikten zählen dabei fehlende Berichte nach Umweltkatastrophen, oder Versäumnisse bei der Schließung von Unternehmen, die gravierende Umweltverschmutzungen verursachen. Während durch bisherige Regelungen vor allem die Umweltsünder selbst rechtlich haftbar zu machen sind, richten sich die neuen Bestimmungen erstmals dezidiert auf die zuständigen Regierungs- und Parteifunktionäre.

Der steigende Energieverbrauch als eine der Ursachen für die zunehmende Umweltverschmutzung und Energieknappheit, wurde im Berichtszeitraum ebenfalls erneut thematisiert. So gestand Ministerpräsident Wen Jiabao in seiner Pressekonferenz nach Beendigung der vierten Jahrestagung des X. Nationalen Volkskongresses (NVK) am 14. März ein, dass wichtige Ziele des 10. Fünfjahresplans (2001-2005) im Umweltbereich nicht hätten erreicht werden können. Bei der Berechnung der Energienachfrage trafen die Prognosen des vorangegangenen 10. Fünfjahresplan von jährlich 5% ebenfalls

nicht ein. Vielmehr stieg die Nachfrage nach Energie im vergangenen Planungszeitraum jährlich um mehr als das Doppelte. Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung mahnte Wen Jiabao daher an, den Fokus nicht nur auf das reine Wirtschaftswachstum, sondern ebenfalls auf Energieeinsparung und Umweltschutz zu richten. Wie im 11. Fünfjahresprogramm (2006-2010) niedergeschrieben, sollte der Energieverbrauch bezogen auf das BIP-Wachstum pro Kopf in diesem Planungszeitraum um 20% und der Schadstoffausstoß um 10% sinken. (XNA, 20.2., 14.3.06; SCMP, 21.2.06; www.sepa.gov.cn; *The Economist*, 11.2.06) -Willmann-

Bildung und Wissenschaft

Katrin Willmann

Illegale Schulgebühren dringendes Problem

Obwohl Schulgebühren im Pflichtschulbereich nach dem Bildungsgesetz von 1985 gesetzlich verboten sind und lediglich vermischte Gebühren für Lehrmaterial, Schulverpflegung etc. erhoben werden dürfen, wurden einem Bericht des Bildungsministeriums vom 21. März 2006 zufolge seit 2003 illegale Schulgebühren (*luan shou fei*) in Höhe von insgesamt 1,7 Mrd. Yuan eingezogen.

Bei den illegalen Schulgebühren sind gemäß dem *Bericht zur Lage der legalen und illegalen Schulgebühren* vier verschiedene Arten zu unterscheiden. So würden Abgaben für die Qualität der Ausbildung, zur Entwick-

lung der Schule, für das Lehrpersonal sowie für Gebühren, die die Schulen an die Lokalregierungen abzuführen haben, erhoben. Insbesondere in den Städten seien Eltern bereit und liquide genug, ihren Kindern mit Hilfe von zusätzlichen, teilweise hohen Gebühren die bestmögliche Schulausbildung zu ermöglichen.

Tian Shulan, Leiterin des Disziplininspektionsteams des Bildungsministeriums, wies in einem Interview darauf hin, dass in mehr als 60% der für den Bericht untersuchten Fälle von illegal erhobenen Schulgebühren die Lokalregierungen entscheidenden Einfluss hätten. Mit der Erhebung von z.T. ungerechtfertigten Gebühren trügen diese die Hauptverantwortung dafür, dass Schulen ihre Gebührenlast an die Schüler und Eltern weitergeben müssten. Gerade die Abgaben, die Schulen zur Gewährleistung ihrer Lehrqualität verlangten, würden sich außerdem negativ auf die Bildungsgerechtigkeit innerhalb des Pflichtschulbereichs auswirken.

Die Problematik der illegalen Schulgebühren beschränkt sich indes nicht nur auf den Pflichtschulbereich. Erst im Februar 2006 hatte die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission die Namen von acht Universitäten und Sekundarschulen veröffentlicht, die seit September 2005 illegale Gebühren in Höhe von insgesamt 22,7 Mio. Yuan erhoben hätten.

Berichte wie diese untermauern, dass Schulen aller Bildungsstufen in den ländlichen, zumeist im Westen gelegenen Regionen von Schulgebühren abhängig sind, um den Unterricht überhaupt gewährleisten zu können, und der Willkür der unterfinanzierten Lokalregierungen ausgesetzt sind. In den

Städten scheint zusätzliches Schulgeld hingegen zur Sicherstellung von qualitativ höherwertigem Unterricht erhoben zu werden. Chinesische Behörden kündigten an, im Interesse der Bürger ihren Kampf gegen illegale Schulgebühren verstärkt voranzutreiben und Fälle von Missbrauch auch strafrechtlich weiter zu verfolgen. Zuletzt hatte das Bildungsministerium bei einem Versuch, die illegalen Schulgebühren zu unterbinden, im Juni 2003 eine Mitteilung veröffentlicht, um die Zahl der so genannten „Selbstwähler“ von öffentlichen Mittelschulen der Sekundarstufe II zu beschränken. Gerade diese Zielgruppe wäre aber bereit, für eine höhere Bildungsqualität illegal erhobener Gebühren vieler Schulen zu bezahlen (vgl. C.a., 2004/6, Ü 13).

Selbst wenn eine Strafverfolgung der betroffenen Bildungseinrichtungen eine abschreckende Wirkung erzielt, dürfte sich das Problem der Unterfinanzierung und des benachteiligten ländlichen Bildungssystems damit jedoch nur schwerlich lösen lassen. Die Meldung von Anfang Februar d.J., dass das Staatliche Steuerverwaltungsamt eine Steuer für die Schulgebühren einführen will, das aber gerade die zulässigen vermischten Gebühren für Lehrmaterial und Verpflegung ausklammert, lässt die Anstrengungen zur Bekämpfung des Problems illegaler Schulgebühren eher unglaubwürdig erscheinen, käme dies doch ihrer Legalisierung gleich. (www.moe.gov.cn; XNA, 20.2.06; SCMP, 5., 24.2., 22.3.06)

Expansion der Chinesischen Akademie der Wissenschaften

Wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua Ende März 2006 meldete, wird die Chinesische Akademie der Wissenschaften (CAS) im Gefolge der Nationalen Richtlinien für den mittel- und langfristigen Entwicklungsplan für Wissenschaft und Technologie, der am 9. Februar d.J. vom Staatsrat veröffentlicht wurde, weiter expandieren und damit ihren Beitrag zur Stärkung der technologischen Innovationsfähigkeit der VR China leisten (vgl. C.a., 1/2006, S. 115-116 und Dok in der Rubrik 'Binnenwirtschaft' in diesem Heft).

Als wichtigste Forschungsinstitution in den Naturwissenschaften wird die CAS in Kooperation mit lokalen Organisationen neue Forschungsinstitute gründen, die in den Bereichen integrierte Hochtechnologie, Nanometertechnologie und biologische Energie forschen werden. Die Gründung weiterer neuer Forschungsinstitute ist in Kooperationen mit den Lokalregierungen in den Bereichen biologische Immunität, neue Materialien, Umwelt, Ernährung und Ernährungssicherung geplant. Außerdem soll die Zusammenarbeit mit ausländischen Institutionen von Weltspitzenniveau gefördert werden. Ferner ist die Umstrukturierung bereits existierender Forschungsinstitute der CAS vorgesehen. Schwerpunktinstitute sollen dabei so gefördert werden, dass sie in den nächsten zehn Jahren Einfluss in der weltweiten Wissenschaftsgemeinschaft ausüben können.

Den Debatten über die Auswahlverfahren und der Bezahlung von den an der

CAS beschäftigten Akademikern folgend, werden weitere Reformschritte im Personalbereich angestrebt. Konkrete Vorschläge liegen dafür bislang allerdings noch nicht vor. Die größten Umwälzungen im Personalsystem der CAS waren 1998 im Zuge des „Programms für die Innovation des Wissens“ initiiert worden. Dabei standen die Verjüngung der Mitarbeiterstruktur und die Reduzierung der Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter im Vordergrund. (XNA, 24., 25.3.06; Xinhua, 9.2.06, nach BBC PF, 10.2.06)

Vorgehen gegen wissenschaftliche Fälschungen

Als Reaktion auf den größten Forschungskandal in der jüngsten Forschungsgeschichte um den südkoreanischen Mediziner Hwang Woo-suk kündigte der chinesische Minister für Wissenschaft und Technologie, Xu Guanhua, an, wissenschaftliche Fälschungen auf das Härteste zu bestrafen. Wie im Dezember 2005 bekannt geworden war, hatte der Südkoreaner seine 2004 veröffentlichte Studie zur Klonung von embryonalen Stammzellen komplett gefälscht.

In der VR China ist nun zum einen die Veröffentlichung diesbezüglicher Bestimmungen in Vorbereitung, zum anderen ist von Regierungsseite die Erstellung einer schwarzen Liste geplant. Bislang spürt die so genannte „Wissenschaftspolizei“ unter Fang Zhouzi wissenschaftliche Plagiate und nicht-wissenschaftliche Forschung auf und veröffentlicht ihre Ergebnisse im Internet.

Skandale um gefälschte wissenschaftliche Veröffentlichungen werden auch in Chi-

na immer wieder bekannt. Eine Untersuchung unter 160 promovierten Wissenschaftlern zeigt zum Beispiel, dass 60% von ihnen ihre Veröffentlichungen gegen Bezahlung in Auftrag gegeben haben. Etwa der gleiche Prozentsatz kopierte Schriften von Kollegen.

Einem Bericht der Hongkonger Tageszeitung *South China Morning Post* zufolge, wird auch unter den chinesischen Wissenschaftlern der Ruf nach einem strikteren Vorgehen gegen Fälscher aus den eigenen Reihen und nach mehr Ehrlichkeit zwischen den Kollegen immer größer. Einige machen aber auch das derzeitige Evaluierungssystem für den Missstand verantwortlich, bei dem mehr auf Quantität als auf Qualität und Originalität geachtet wird. (XNA, 7.3.06; SCMP, 16.3.06)

Gesellschaft

Günter Schucher

Mehr Geld für die Bauern

Die Ankündigung von Ministerpräsident Wen Jiabao in seinem Regierungsbericht vor dem Nationalen Volkskongress, künftig den Bauern mehr Aufmerksamkeit zu widmen und mehr staatliche Mittel in die Förderung der ländlichen Infrastruktur und Bildung zu investieren, hat weltweit große Aufmerksamkeit erlangt. Wen fasste damit allerdings nur Pläne zusammen, die bereits seit Oktober letzten Jahres sowohl öffentlich als auch in Parteischulen und auf Regierungstagen diskutiert werden (vgl. C.a., 2006/1, S.120ff.).

Letztlich widmen sich Partei und Regierung sogar schon im dritten Jahr zu Jahresbeginn zunächst der Bauernfrage (vgl. auch C.a., 2005/2, S.15ff.). Was 2004 mit Beschlüssen zur Steigerung ländlicher Einkommen begann, wird heute unter dem Motto der Schaffung eines „neuen sozialistischen Landes“ propagiert und als „historische Wende“ gepriesen. Von nun an soll nicht mehr die Landwirtschaft die Industrie, sondern die Industrie die Landwirtschaft unterstützen. Dies wäre in der Tat eine historische Wende, doch Zweifel sind angebracht; denn bisher wurde kein durchschlagender Erfolg erzielt, es sei denn, man betrachtet die Umwandlung von Agrar- in Industrieland als „Unterstützung durch die Industrie“.

Zwar sind die ländlichen Einkommen gestiegen, aber die Einkommensklüft zwischen Land und Stadt ist noch größer geworden. Und die ländlichen Kader haben bei der angekündigten Aufhebung von Gebühren (vor allem Schulgebühren) und Steuern zu viel zu verlieren, als dass sie der Regierung bereitwillig folgen. Manche halten daher auch die Reform der Regierungsstruktur auf dem Lande für die eigentliche Schlüsselfrage. Beijing kann aber auf die lokale ländliche Bürokratie nicht verzichten, wenn es seine Ziele durchsetzen will. Es versucht daher, die lokalen Kader durch eine groß angelegte Erziehungskampagne in den Griff zu bekommen. Um das niedrige ideologische Niveau anzuheben und die Kompetenz zu steigern, sollen nach Angaben der Organisationsabteilung des ZK 19,23 Mio. Parteikader erzogen werden und 1,75 Mrd. Yuan in den Aufbau lokaler Parteizentren gesteckt werden.